

## Reformagenda für das Pensionssystem? Alte Regierung war zu keinen Änderungen bereit.

Was wurde im Sommer alles beschlossen? Was bedeutet das für Ihre Kunden?

---

Die bisherige Regierung war überzeugt, dass im staatlichen Pensionssystem soweit alles in Ordnung sei. Trotz **steigender Lebenserwartung und höherer Kosten** des Pensionssystems (die Jahr für Jahr durch einen milliarden schweren Zuschuss der Steuerzahler ausgeglichen werden müssen) sah sie **keinen Handlungsbedarf**, etwa in Form einer Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters. Das war auch die Kernaussage im „nationalen Reformprogramm 2019“, das die alte Regierung im April nach Brüssel schickte.

Nach **Langzeitprognosen** wird die Zahl der Pensionisten in Österreich bis zum Jahr 2070 von rund 2,4 auf 3,6 Millionen ansteigen. Dann sollen knapp über 30 Prozent der dann 10,2 Millionen Österreicher über 65 Jahre alt sein und jeder achte Österreicher über 80 sein. (Zahlen von ORF.at). Daher hatte die EU-Kommission Österreich sowohl eine Anhebung des Pensionsantrittsalters als auch eine weitere Einschränkung der Frühpensionen empfohlen. Diese **Empfehlungen der EU** wurden jedoch von der alten Regierung zurückgewiesen.

### a) Heftige Kritik am staatlichen Pensionssystem

Auf diese Verweigerung antwortete ein **ausgewiesener Experte für das Pensionssystem und langjähriger Kritiker** zahlreicher Regierungen, Sozialwissenschaftler **Bernd Marin**, mit einem Gastkommentar namens „Message-Confusion beim Pensionsalter?“

Sein Einstiegs-Statement: „Die Stimmung zum Pensionsklima ist viel besser als die Lage“. „Der Obmann der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) juble“, weil das Antrittsalter von 2017 auf 2018 **um drei (Frauen) bis vier Monate (Männer) gestiegen** sei.

Marin weiter: Das sei eine „Kleinkleinsicht auf unverstandene Zahlen in belanglosen Kurzzeithorizonten“. Würde man das Problem langfristig betrachten, würde man feststellen, dass das **Pensionsantrittsalter 2019 erst wieder auf dem Niveau von 1976**, also von vor 43 Jahren, zu liegen kam. „Gleichzeitig haben wir seither eine um **rund zehn Jahre höhere Lebenserwartung** und damit längere Pensionsdauer!“ Und weiter: „Wie soll ein Pensionssystem – ohne weitere Strukturreformen – so jemals nachhaltig und sicherer werden?“

#### **Marin unterfüttert seine Kritik mit weiteren Fakten:**

Ein Teil des **jüngsten Antritts-Altersanstiegs sei künstlich** entstanden, durch das Herausrechnen von rund 20.000 Reha-Geld-Beziehern aus der Pensionsstatistik.

Anmerkung Redaktion: Wir haben darüber bereits berichtet: Diese erhalten keine Invaliditätspension mehr, hängen aber weiter am Tropf staatlicher Zuwendung. [Zum Nachlesen hier klicken...](#)

Marin weiter: „Während die systemrelevanten Beitragszeiten der Versicherten stagnieren, **steigen sündteure Ersatzzeiten.**“ Gemeint ist damit, dass man Pensionsansprüche ohne zu arbeiten erwirbt (Bundesheer, Kindererziehung, Arbeitslosigkeit etc.), weil sie „öffentlich alimentiert“ werden, wie Prof. Marin schreibt. „Diese doppelt teuren Ersatzzeiten sind 2009 bis 2019 um 20 Prozent auf 4,6 Jahre gestiegen.“

## b) Vorwahlzeit war gut für die Pensionisten

Durch die Überalterung unserer Gesellschaft werden die **Pensionisten zu einer immer wichtigeren politischen Gruppe**. Ihre Zahl ist zwischen 2002 und 2018 um rund 360.000 gewachsen, wie Agenda Austria kürzlich mitteilte. Womit sie mittlerweile fast 30 Prozent aller Stimmberechtigten stellen. Daher wurde um die Stimmen der Pensionisten **mit viel Geld geworben**.

So gingen die heurigen **Pensionserhöhungen stark** über das gesetzliche Ausmaß hinaus. Die durchschnittliche Erhöhung der Verbraucherpreise, die der Errechnung des Anpassungsfaktors zugrunde liegt, betrug 1,8%. Für **Bezieher kleiner Pensionen** bedeutet dies, dass ihre **Pensionserhöhung doppelt so hoch** ausfällt als gesetzlich vorgeschrieben. Pensionen in dieser Höhe fallen unter die Steuergrenze, d.h. auch die Pensionserhöhung ist steuerfrei.

Und die **abschlagsfreie Pension nach 45 Beitragsjahren** ab 2020 wird die Kosten noch einmal deutlich in die Höhe treiben. „Der Einfluss der älteren Bevölkerung wird bei Wahlen naturgemäß größer. Zum Leidwesen der jüngeren Generationen wird es in Zukunft wohl noch schwieriger sein, die Finanzierung der Pensionen nachhaltig zu sichern“, kritisiert Dénes Kucsera, Ökonom der Agenda Austria.

## 4,6 Milliarden kostete das „freie Spiel der Kräfte“ vor der Wahl

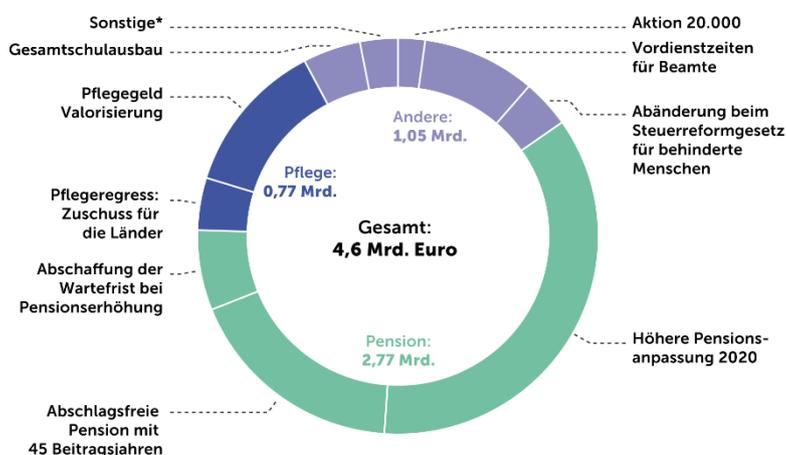
Die neu beschlossenen Zusatz-Ausgaben werden in den Jahren 2020-2023 zu Mehrkosten von mindestens EUR 4,6 Mrd. führen und damit den budgetären Spielraum der nächsten Regierung sehr einschränken. Details siehe Grafik.

**Fast 2/3 dieser Mehrkosten gehen ins Pensionssystem.** Den Hauptbrocken macht die überhöhte Pensionsanpassung für 2020 aus. Fast ebenso viel kostet die abschlagsfreie Pension bei 45 Beitragsjahren (sozusagen die Verlängerung der alten „Hacklerregelung“). Und dann wurde auch noch die Wartefrist für Pensionserhöhungen abgeschafft.

Anmerkung Redaktion: Damit ist gemeint, dass „Neo-Pensionisten“ die Inflationsabgeltung künftig schon im ersten Jahr nach Pensionsantritt erhalten.

## Die Kosten des „freien Spiels der Kräfte“

– Nichtbudgetierte Mehrkosten parlamentarischer Beschlüsse für 2020–2023 in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF, Parlament.

\*Anmerkung: Darunter etwa der Papamonat oder die Entgeltfortzahlung für Freiwillige.

Grafik: Agenda Austria

Dazu Lukas Sustala, Ökonom der Agenda Austria: „Es werden in den nächsten Jahren weitere Milliarden ausgegeben, die künftig für höhere Steuern oder Schulden sorgen werden.“

### c) Ist nun für die Pensionisten alles gut? Oder droht Altersarmut, Pensionslücke?

**Christoph Badelt**, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), kritisiert die Beschlüsse aus dem freien Spiel der Kräfte und legt die Finger in eine **weitere Wunde** des staatlichen Pensionssystems.

Unter dem Titel „Wir räumen uns das Geldtascherl leer“ erschien ein Interview des langjährigen Rektors der Wirtschaftsuniversität und emeritierten Professors für Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Salzburger Nachrichten.

#### **Darin steht ein wichtiger Satz, der zwei Probleme anspricht: Altersarmut & Pensionslücke**

„Die **lebenslange Durchrechnung** bei der Pensionsberechnung führt dazu, dass es eine wachsende Gruppe von Menschen gibt, die wegen **unterbrochener Erwerbskarrieren** nur eine sehr niedrige Pension bekommen werden. Ich rechne daher damit, dass längerfristig mehr Menschen auf die Ausgleichszulage angewiesen und Ausgleichsrentner sein werden.“

Und weiter: „An der Spitze der Einkommenshierarchie, also bei besseren Einkommen, ist wiederum eine relative **starke Senkung der Pensionshöhe** zu erwarten im Vergleich zur Zeit, ehe die lebenslange Durchrechnung in Kraft trat. Das wird Menschen, die ein höheres Einkommen gewöhnt sind, beim Pensionsantritt ziemlich enttäuschen und die **Attraktivität von Zusatzpensionen erhöhen**“, so Badelt.

Bei den **niedrigen Einkommensbeziehern** wird also die Gruppe der Ausgleichsempfänger wachsen und im Bereich der **oberen und mittleren Einkommen** wird merklich eine Lücke entstehen zwischen Letzteinkommen und Pension. Eine Lücke, die von Verteidigern des jetzigen staatlichen Pensionssystems häufig ignoriert oder sogar verneint wird.

**Was bedeuten all diese Fakten für Sie als Beraterin/Berater?** Sie müssen weiterhin bei Ihren Kundinnen und Kunden **Problembewusstsein** zum Thema private und berufliche Vorsorge schaffen. Obige Fakten können Ihnen helfen, den menschlichen Verdrängungsmechanismus („wird schon nicht so schlimm werden“) zu durchbrechen. Es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe als Vorsorgeberater, dabei zu helfen, die drohende Altersarmut zu vermeiden.

Die **Einführung des Pensionskontos** war ein guter und richtiger Schritt, um den Kundinnen und Kunden zu zeigen, wie viel – oder wie wenig – sich am eigenen Konto für die Pension angesammelt hat.

Mag sein, dass gerade **Wenigverdiener** die Pensionslücke nicht im ausreichenden Maße schließen können, weil ihnen zu wenig Geld zum Ansparen überbleibt. Doch selbst diese Gruppe wird froh sein, wenn sie ihre karge Pension um EUR 100 im Monat aufbessern kann.

In allen Fällen muss das **langfristige Ziel bestehen, das Kapital zu erhalten** und vielleicht trotz Nullzinspolitik geringfügig auszubauen. Wer es sich leisten kann, wird natürlich – bei Inanspruchnahme von mehr Risiko – auch höhere Renditen anstreben.

Für alle gilt: **Nichtstun ist das größte Risiko**. Besser frühzeitig privat vorsorgen und zumindest eine geringe Zusatzpension auch dann noch erhalten, wenn ein alternativ überlegtes Sparbuch schon längst aufgebraucht wäre. Konsumverzicht in einem bestimmten Ausmaß heute verschafft dem Einzelnen die Konsummöglichkeit in der Zukunft.

Quellen: derStandard.at, Arbeiterkammer, Salzburger Nachrichten, VersicherungsJournal, Agenda Austria, Sozialministerium, ORF.at